Aufruf: Revolutionärer 1. Mai 2005 / Berlin-Kreuzberg

Es gibt nichts zu feiern - außer die Revolution!

WWW.MYFEST.TK

Globalisierung und Widerstand

2005 ist hier die Privatisierungswelle auf dem Durchmarsch, Konzernmanager verdienen immer mehr, weiter in die Armut abrutschende Stadtteile werden überwacht, die Obdachlosigkeit wächst, und es werden Suppenküchen mit langen Schlangen davor eingerichtet - das ist Neoliberalismus und Verarmung mitten im "Herzen der Bestie" - wie Che Guevara einst treffend die imperialistischen Länder bezeichnete.

Zweitausend bewaffnete Kleinbauern besetzten in der Nacht zum 1. Januar 1994 einige Landkreishauptstädte des südmexikanischen Bundesstaates Chiapas. Weltweit wurde so bekannt, dass die Zapatisten gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA kämpfen und gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung. Weltweit gab es Demonstrationen und Riots wie in Seattle, Südkorea, Genua, Prag, oder Unruhen, Umstürze und Aufstände wie in Argentinien, Venezuela, Bolivien usw. Nach dem 1. Mai flammten nicht nur aus Kreuzberg Bilder von Straßenschlachten über den Bildschirm, sondern auch aus Südkorea, den Vororten von Paris, Straßbourg, London, Südafrika. Auch in der BRD hat es diese Ansätze der Linken ab Mitte der 90iger Jahre gegeben, die neue Weltordnung nach Zusammenbruch des Ostblocks und die kapitalistische Globalisierung sowie die immer weiter wachsende Macht der Konzerne zu thematisieren und anzugreifen.

Neoliberaler Sozialkahlschlag



Mit der neoliberalen Globalisierung haben die Herrschenden es nicht mehr nötig, soziale Absicherungen wie das Sozialsystem in Europa und in der BRD, verschiedene ArbeiterInnenrechte (Kündigungsschutz, Krankschreibung, etc.) oder den Zugang für die unteren Schichten zu Ärzten und Krankenhäusern aufrechtzuerhalten, um sie über diese sozialen Zugeständnisse von der Rebellion abzuhalten. Weltweit als auch hier in der BRD soll den Verarmten jetzt klargemacht werden, dass sie als Reservearmee der Wirtschaft zu dienen haben und zwar zu einem kargen Lohn ohne Absicherung und Rechte. Die Umsetzung dessen sind die neuen Hartz IV-Gesetze, nach Volkswagen-Vorstand Peter Hartz (Jahreseinkommen 2,6 Mio €) benannt, ab 2005 eingeführt.

Der Begriff "Armutsgewöhnungspauschale", so wird der auf 6 Monate befriste Mehrzuschlag für ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger bezeichnet, beschreibt treffend um was es der Wirtschaft und ihrer Lobby in der Politik geht: die verarmten Schich-ten sollen sich daran gewöhnen, nicht genug zum Leben und zuviel zum Sterben zu erhalten. Die Methode der Behörden ist es, die Menschen als SchmarotzerInnen und minderwertig dastehen zu lassen, z.B. wenn sie stundenlang in der Schlange stehen müssen. Hartz IV schafft u.a. die Möglichkeit, die Leute zu 1 € Jobs zu zwingen ohne jegliche Absicherung, also zur Zwangsarbeit. Es geht um die Zerstörung des Selbstwertgefühls der Menschen, was gleichgestellt wird mit der uneingeschränkten Verwertbarkeit für das Kapital.

Das freie Wohnwahlrecht wurde ebenfalls ausgehebelt. Denn Neoliberalismus bedeutet nichts Neues, sondern die sattsam von früher bekannte Abhängigkeit der Menschen vom Betrieb und vom Chef, sich dort anzusiedeln, wo die Zwangsarbeitsstelle ist. Ein Großteil der noch vorhandenen 220.000 Wohnungen des "Sozialen Wohnungsbaus" liegt mit dem Mietpreis von durchschnittlich 5,27€/qm bereits jetzt deutlich über den Bemessungsgrenzen. Für ALG II EmpfängerInnen, heißt das, Wohnen nach Hartz IV bedeutet Standardverzicht.

Schon im April 2004 hat es die ersten großen Demonstrationen gegen den anstehenden Sozialkahlschlag gegeben, dann bis Januar 2005 zahlreiche Montagsdemonstrationen, wilde Streiks bei Opel, Stürmungen von Arbeitsämtern, Farbeierwürfe auf Parteibüros und PolitikerInnen - und auch Amokläufe mit Äxten oder Minen auf den Ämtern, von Menschen die keine Zukunft mehr für sich sehen. Doch für viele ist die Ernüchterung schnell eingetreten, doch nichts ändern zu können und sich ohnmächtig dem Wirtschafts- und Staatsapparat gegenüber zu sehen. Wie soll denn auch eine selbstorganisierte Arbeitslosenrunde ohne Geld und ohne Unterstützung durch die mit der Wirtschaft kuschelnden Gewerkschaften eine große Anti-Hartz-Kampagne finanzieren oder aufrecht erhalten können?

Verwaltung der Armut - Stadtteil-Controlling

Gerade in den Bezirken Neukölln und Kreuzberg, wo die Arbeitslosenquote am höchsten ist, wird spürbar, dass die Herrschenden jetzt natürlich Angst haben müssen, dass die nächsten Kämpfe nicht mehr bloß Demonstrationen gegen Hartz IV sein werden. Es kommt die Zeit in der sich die Ausgegrenzten und Unterdrückten ähnlich wie in Lateinamerika um ihr Überleben sorgen müssen und auch mit Gewalt aufbegehren. Daher wird versucht mittels Ordnungsamt und eingesetzter Kiezstreifen in den Stadtteilen, die Straßen und Plätze nach und nach unter Kontrolle zu bringen, oder über Institutionen, Bezirksparteien und lokalen Jugendintegrationsmaßnahmen eine Akzeptanz gegenüber der Polizei zu fördern. Keine Ausbildungsplätze werden geschaffen, sondern wie in diesem Jahr werden angebliche Qualifizierungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit Polizei, Bundeswehr und Security im Rahmen des "Myfest" (Projektname: "Protection 05") zum Bühnenschutz am 1. Mai angeboten. Jugendliche, die sich davon anwerben lassen, sollen gegen

ihre eigenen KiezmitbewohnerInnen aufgewiegelt werden, um dann eine Ausbildungsstelle bei der Security angeboten zu bekommen.

Überwachungstechnologen

Die Erweiterung und Ausbreitung der Überwachungstechnologie wird uns von den Herrschenden als Schutz für unsere eigene Sicherheit verkauft. Die Ursachen des Abrutschens ganzer Stadtteile in die Armut (z.B. durch Hartz IV) soll nicht mehr als sozialgesellschaftliches Problem begriffen werden, sondern als gesellschaftliche Normalität, die es "verwaltungsmathematisch" - unter anderem per Überwachung - zu managen gelte.

"Damit gewinnt das proaktive Management von vermeintlichen Risikogruppen und -orten an Bedeutung gegenüber der reaktiven, auf individuellen Verdacht beruhender Strafverfolgung" (Dip.-Pol. Töpfer, TU Berlin, am Institut für Kriminologische Sozialforschung Hamburg).

Die Einführung EU-einheitlicher Pässe mit Speicherung biometrischer Daten, Anlegen von EU-weiten DNA-Karteien, Maut zur Verkehrsüberwachung, digitale Unterschriften, Verabschiedung neuer Gesetze zur weitreichenden Überwachung von Telefon & E-Mails, sind nur einige der sogenannten "Sicherheitsmaßnahmen". Videoüberwachung wird zwar von vielen wahrgenommen, doch die meisten Kameras sind für die Menschen nicht erkenbar. So hat die öffentliche Berliner Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE (eine Fusion mehrer Wohnungsbaugesellschaften) laut Mieterecho vom Februar 2005 die Videoüberwachung ganzer Wohnanlagen eingeführt. Im Fahrstuhl, auf der Treppe, in den Zwi-schengängen oder am Briefkasten wird der/die MieterIn von der Kamera begleitet und ein Hauswartsdienst verfolgt dies permanent auf Monitoren mit und weiß somit alles über die BewohnerInnen. Einer starken Hausgemeinschaft wird somit natürlich ebenfalls entgegengewirkt. Dies ist nur ein Beispiel flächendeckender Überwachung, wie sie auch in Neukölln und Kreuzberg an Brennpunkten praktiziert wird.

Die herbeihalluzinierte terroristische Bedrohung dient dazu Gesetze auszuweiten, die dann bei inflationärem Gebrauch auf alle angewandt werden können. So wird mittlerweile per §129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) - wie kürzlich in Hamburg - das Einreißen eines Bauzaunes zum terroristischen Akt. Nachdem dort zahlreiche AnwohnerInnen gegen den Bau eines Bonzenhotels in einem der wenigen Parks im Stadtteil protestierten und es zu Aktionen des zivilen Ungehorsams kam, wurden zahlreiche Wohngemeinschaften per §129a kurzerhand durchsucht.

Auch werden seit Anfang März die "Sicherheitsmaßnahmen" gegen sog. "Sozialschmarotzer" erhöht, indem Bankkonten nun per Gesetz für alle Behörden einsehbar sind, um Menschen zu belangen, die dem Staat Bafög oder gar einmalige Beihilfen abgezogen haben könnten. Hingegen kommen gleichzeitig die reichen "Steuersünder", die Angaben dazu machen, ob sie einen Teil der Milliarden-Beträge an nichtgezahlten Steuern in der Schweiz auf Konten zwischengelagert haben, mit einer Amnestie (Straffreiheit) davon.

Ganze 2% der reichen deutschen Schwarzgeld- und Steuerflüchtlinge nahmen dies wahr, so sicher fühlen sie sich. Dies ist auch nicht verwunderlich, schließlich war Eichel der erste, der aufschrie, als ein Schweizer Finanzbeamter dem süddeutschen Zoll eine Computer-Datei zuspielte, wo Hunderte deutsche Schwarzgeld-Konten mit über 50 Milliarden aufgeführt waren. Plötzlich wurde von missbräuchlicher Datenerfassung schwadroniert und die Offerte regierungsamtlich zurückgewiesen. Wahrscheinlich hätte es eine Staatskrise ausgelöst.

Zur "Sicherheit" der europäischen Länder beschloss der EU-Rat in Thessaloniki im Juni 2003 ein einheitliches Visa-Vergabesystem einzuführen. Hierbei sollen biometrische Daten (obligatorisches Lichtbild, Speicherung auf kontaktlosem Chip von einem digitalen Gesichtsbild sowie elektronische Fingerabdrücke) erfasst und in einem zentralen Visainformationssystem (VIS) aufgenommen werden. Auch das Schengen-Infosystem (SIS), in dem Flüchtlinge, Asylsuchende, MigrantInnen usw. gespeichert sind, soll demnach erweitert werden und mit VIS gekoppelt werden. Die Einführung wurde auf 2005 vorgezogen. Was jetzt als Visa-Affäre des Grünen Frontmannes Joseph Fischers be-zeichnet wird, dient der Umsetzung aller Maßnahmen bis 2007 und ist ebenfalls eine Steilvorlage für Otto Schilys Pläne zur Ein-führung der Aufnahme biometrischer Daten in allen EU-Pässen.

Dann können wir uns schon denken, dass es nur noch eine Frage der Zeit sein wird, bis es am 1. Mai elektronische Schranken um Kreuzberg herum gibt, damit die Myfest-Zone nur von Menschen mit den richtigen Daten im elektronischen Ausweis und nach vorherigem Iris-Scan betreten wird, und nicht - wie bereits jetzt schon betrieben - die aktive Bespitzelung durch Zivilbeamte vor Wohnungen und Häusern von vermeintlichen 1. Mai-AktivistInnen der Abschreckung dienen muß.

Vorbild all dieser Einführungen in Europa und in der BRD ist hierbei sicherlich auch die USA, die im Rahmen des Patriot Act I + II nach besagtem 11. September, biometrische Daten in allen Ausweisen weltweit fordert und Festnahmen ohne Begründ-ungen sowie das Ausrufen des Notzustandes in den einzelnen Bundesländern als demokratischen Standard ansieht.

Terrorfeldzug



Am 20. März jährte sich zum 2. mal der Angriff durch die USA auf den Irak. Der Irak wurde angegriffen, um endlich das Öl unter US-Kontrolle zu bringen, und weil Bush und seine Konzerne die neue Weltordnung mit brachialer Gewalt zur weltweiten Machtsicherung der USA durchsetzen will. Dieser Übermacht von Kriegsgerät und Clusterbomben steht die Bevölke-rung gegenüber, die sich gegen die Besatzung im Widerstand organisiert. Die Guerilla-Taktik ist weltweit ein Instrument der Unterdrückten und derjenigen, die nicht die Mittel und Finanzen der Herrschenden und ihrer Großkonzerne besitzen. Wie auch die Wahlen in den USA zeigen, haben nicht alle ungehinderten Zugang zu den

Wahlurnen. Manipulationen und Werbekampag-nen von Großkonzernen sind normal. Im Irak hat es die totale Wahlmanipulation gegeben, anders als im Vaterland USA lassen sich einzelne irakische Politiker und Parteien schon mit viel weniger Geld oder auch nur Versprechungen abspeisen, was aber durch beschönigende TV-Berichte weitgehendst ausgeblendet werden kann. Die Durchführung "demokratischer" Wahlen im Irak, auch wenn nur ein Drittel der Bevölkerung im Irak überhaupt zugelassen war, stellt für die USA und ihre Verbündeten die Legitimation ihrer fortdauernden Besatzung dar. So kann nun auch die BRD, die sich vorher mit Fischer und Schröder als Friedensengel darstellen wollte, offiziell mitmischen, getreu dem Motto "Deutsche Waffen, Deutsches Geld - morden mit in aller Welt!". Die Bundeswehr und deutsche Sicherheitsbeamte bilden für den Irak zusammen mit amerikanischen Sicherheitsbeamten Soldaten und Bullen aus.

Ein Plan der USA ist es, wie bereits Bush junior in seiner Brandrede nach dem 11. September in seinem Wahn vom weltweiten Krieg deutlich machte, alle Feinde der "freien Welt" - also der Welt der Großkonzerne und ihrer Handlanger in der Politik - gegeneinander aufzuhetzen, d.h. die Mittelschicht gegen die Unterschicht, die Schiiten gegen die Sunniten, die Muslims gegen die Christen, die Iraker gegen andere Araber usw., damit sich alle gegeneinander bekämpfen und kein einheitlicher Widerstand entstehen kann.

Und der Terrorfeldzug Bushs ist noch nicht am Ende, im Visier stehen die sog. "Schurkenstaaten" Nordkorea, Iran, Syrien und Kuba. Wenn im Schatten des Nah-Ost-Krieges in Lateinamerika, also im Hinterhof der USA, US-treue Regierungen gestürzt werden, weil die Bevölkerung den Dollar und die neoliberalen Wirtschaftsabkommen a la NAFTA nicht mehr mitmachen will, dann werden sie kurzerhand auf diese Liste der missliebigen Staaten gesetzt. International bedeutet der Widerstand im Irak für diese Länder Aufschub für eine US-amerikanische Interven-tion. Wichtig ist es daher weltweit für proletarischen Internationalismus einzustehen und den Widerstand lokal wie global, egal wie fremd er uns ist, oder wie ungewohnt uns die Kultur der Anderen fernab von Europa erscheinen mag, zu unterstützen. Wir müssen ihn als EINEN gemeinsamen Widerstand gegen die neue Weltordnung, gegen das Empire bzw. die kapitalistische Globalisierung begreifen.

Neue Weltordnung

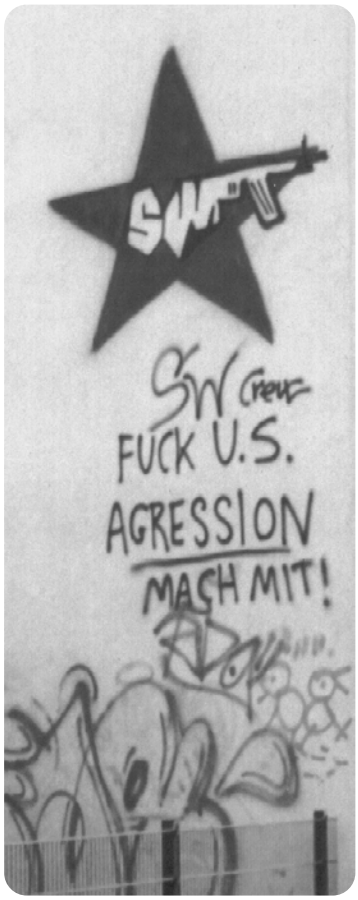
"Der Westen versucht und wird weiter versuchen, seine Vormachtstellung zu behaupten und seine Interessen dadurch zu verteidigen, dass er diese Interessen als Interessen der "Weltgemeinschaft" definiert." Zitat aus dem Buch "Kampf der Kulturen, von Samuel P. Huntington, gehört zum führenden "Think Tank" des US-Außenministeriums.

Als Instrumente zur Durchsetzung der Interessen werden Institutionen wie IWF, UNO und NATO benannt. Das kapitalistische und imperialistische Interesse der USA und der europäischen Regierungen wird zur notwendigen Durchsetzung einer "überlegenen Kultur", die sich durch angebliche Freiheit, Demokratie und Menschenrechte definiere und den Kampf gegen "terroristische", "barbarische" und "unzivilisierte" Kulturen aufnehmen müsse. Feindbild soll in den Medien der Herrschenden nicht unbedingt der Kommunismus sein, sondern "fremde Kulturen", damit ideologische Kampflinien ausgeblendet werden. Durch die Identifikation mit seinem "Kulturkreis, der sich bei Bedrohung gegen einen anderen behaupten müsse, soll dem internationalen und sozialen Protest und Widerstand gegen die Ausbeutung durch globale Wirtschaftsmächte das Wasser abgegraben werden. Denn letzteres stellt für die Herrschenden eine Gefahr für die Sicherung ihrer Macht dar. Die Zerschlagung oder Zersplitterung eines internationalistischen Klassenbewusstseins ist ihre Strategie.

Wo früher nationalistische Identifikationen ausreichten, müssen heute kulturelle her, da im Zuge des wachsenden *"Empire"* (O-Ton Huntington) regionale Konflikte innerhalb eines "Kulturkreises" - gemeint sind hier die imperialistischen Kernländer - nicht förderlich sind. Denn für die Herrschenden sind militärische Bündnisse notwendig, um ihre imperialistischen Interessen weltweit durchzusetzen. Die angebliche Bedroh-ung von "außen" soll der Legitimation weiterer Unterdrückungsmaßnahmen "im Inneren" dienen. So sind im Zuge der neuen Bushkriege in Afghanistan und Irak im Rah-men von "Patriot Act I" Gesetze erlassen worden, um verdachtsunabhängige Hausdurchsuchungen durchzuführen oder Menschen für bis zu einem halben Jahr ohne An-gabe von Gründen einzuknasten und somit foltern zu können. Die kommende Erweiterung Patriot Act II soll darüber hinaus die Todesstrafe ohne Angabe von Gründen ermöglichen. Die Verhängung von Ausnahmezuständen in den einzelnen Staaten der USA ist jetzt gängige Praxis, die Menschen sollen sich an eine ständige Bedrohung der "westlichen Kultur" durch unsichtbare barbarische Mächte gewöhnen. Der berühmte Rote Knopf zum auslösen von Atombomben, wie wir ihn aus antikommunistischen Hollywood-Filmen aus der Zeit des Kalten Krieges kennen, ist nicht mehr nötig.

Global denken - lokal handeln

1. Mai in Kreuzberg



Der 1. Mai ist weltweit Kampftag der Unterdrückten. Nachdem die kämpfende ArbeiterInnenklasse der 20er Jahre - zu der schon damals die Arbeitslosenbewegung gehörte - die 1. Mai Demonstrationen in Deutschland durchsetzten, wurde von SPD-Regierungen auf sie geschossen, die Faschisten haben die 1. Mai Demonstrationen verboten und zum "Feiertag" gemacht.

In den 60iger Jahren waren es nicht nur die schon damals auf Staatskurs und Sozialpartnerschaft getrimmten DGB-Gewerkschaften, die lediglich für ein paar Prozente mehr oder weniger Lohn demon-

strierten, sondern vor allem die 68iger Bewegung, die revolutionäre und außerparlamentarische 1. Mai Demons-trationen in Tradition des 1. Mai als Kampftag der Ausgebeuteten organisierte, wo es wie in Frankreich oder anderswo zu Straßenschlachten bis hin zur Staatskrise kam. 1968 setzte der französische Staat jedoch nicht nur auf den Gummiknüppel, Tränengas und Repression sondern rief via Massenmedien nach mehreren Tagen Besetzung des StudentInnenviertels die französischen BeamtInnen und BürgerInnen aus den reichen und Mittelschichtsbezirken zu einer großen Gegendemonstration gegen die StudentInnen und streikenden ArbeiterInnen auf, um ihnen zu zeigen, dass sie isoliert seien, und daß der weitere Kampf nichts bringen würde. Versuche, den Widerstand zu isolieren, gab es auch hier immer wieder.

Seit 18 Jahren gibt es die Revolutionäre 1. Mai Demonstration in Berlin-Kreuzberg - zu ihr wurde das erste mal ein Jahr nach dem Kreuzberger Aufstand von 1987 von zahlreichen autonomen, linksradikalen und antiimperialistischen sowie internationalistischen Gruppen mobilisiert. Mit zahlreichen Methoden versuchten die jeweiligen Regierungen von konservativ bis hin zu alternativ-grün die Revolutionäre 1. Mai Demonstration zu verhindern, mit Repression und Gewalt zu überziehen, zu verbieten, oder Teile der OrganisatorInnen in zivilgesellschaftliche Projekte einzubinden, um so die radikale Linke und die Migrant-Innen im Stadtteil zu isolieren. Doch verschiedene Innensenatoren stolperten bisweilen über die Mai-Steine. Ein Totalverbot der Demonstration durch Innensenator Werthebach (CDU) im Jahre 2001 sorgte eher dafür, dass die Kiezbevölkerung, die Linke und die aus anderen Stadtteilen kommenden DemonstrantInnen zusammenhielten, um der Polizeibesatzung und dem Demoverbot gemeinsamen Widerstand entgegenzusetzen. Da brachte auch das zeitgleich in einem anderen Kiezareal organisierte Polizeifest mit Sprayerwänden für Jugendliche nichts.

Der neue Senat und sein Staatsschutz geht da schon schlauer an die Sache. Analysiert wurde, daß der Mythos Kreuzberg nur zu knacken ist, wenn die Stadtteilbevölkerung von der Demons-tration isoliert wird bzw. ein BürgerInnenfest ("Myfest") durchgeführt wird, um eine Demonstration in Kreuzberg zu blockieren bzw. um zu versuchen, angepasste BürgerInnen gegen die Demo zu mobilisieren.

Das Myfest in diesem Jahr wird organisiert vom Bezirksamt in Zusammenarbeit mit dem Senat, SPD, Grüne, CDU, PDS, Polizei, Sicherheitsdiensten und einigen Integrationsprojekten sowie dubiosen Wirtschaftsinitiativen. Lokale Initiativen und Projekte, denen für den 1. Mai Geld vom Senat versprochen wird, sollen mit eingebunden werden. Gemeinsames Ziel ist nach Polizeivorgaben Demorouten und Abschlusskundgebungen im Kiez durch Bühnen u.ä. zu blockieren um so formaljuristische Verbote begründen zu können.

Dafür macht dann der Senat und Bezirk schnell mal 300.000 Euro locker. Während 150 von 200 Kinderläden in Kreuzberg dichtgemacht werden, parteiunabhängige alternative Jugendeinrichtungen Gelder gekürzt bekommen, oder missliebige linke Hausprojekte gleich ganz geräumt werden sollen, soll es jetzt also Geld einmal im Jahr am 1. Mai geben, wenn sich Initiativen und Projekte gegen die Kiezbevölkerung, die ausgegrenzten Jugendlichen und die Revolutionäre 1. Mai Demonstration einbinden lassen.

Zusammen kämpfen!

Bewusst muß uns sein, dass global wie lokal es die Herrschenden von Wirtschaft und Regierung sowie ihre Handlanger bis in die Bezirke und Straßenzüge hinein sind, die ihre kulturrassistische Hetze gegen den kollektiven Widerstand durchsetzen wollen, zum Beispiel indem sie versuchen, linksradikale Zusammenhänge in inhaltsleere und überflüssige Diskussionen zu verwickeln, um uns vom gemeinsamen Widerstand abzuhalten. Nicht nur am 1. Mai dürfen wir, die Ausgegrenzten, die Linken, die Autonomen, Punks, MigrantInnen, AraberInnen, TürkInnen, Deutsche, Alternative, Friedliche und Militante, Alte und Junge, uns nicht gegenseitig ausspielen lassen, und uns durch ihr Befriedungskonzept die Straße nehmen lassen. Es ist auch wichtig, daß wir als Ausgebeutete, Unterdrückte und Ausgegrenzte eine gemeinsame Debatte darüber finden, wie wir gesellschaftlich relevanten Widerstand sichtbar machen.

Denn der gemeinsame Widerstand am 1. Mai bedeutet eine solidarische Organisierung von unten. Wenn wir lokal radikalen Widerstand gegen ihre Ausbeutung leisten, sind wir Teil des globalen Widerstands am 1. Mai, dem Revolutionären Kampftag der Unterdrückten.

Krieg dem imperialistischen Krieg!
Kampf dem Kapitalismus!
Der Kampf um Befreiung ist international!
Heraus zum Revolutionären 1. Mai!

Linksradikales und Autonomes 1. Mai Bündnis
Infos: www.myfest.tk

17 Uhr / Oranienplatz
Auftaktkundgebung

18 Uhr / Oranienplatz
Revolutionäre 1. Mai Demonstration



Agitprop, Straßenfest für die Freiheit der 1. Mai Gefangenen, August 2004 in der O-Straße, Kreuzberg